

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

Oktober 2017

Landesstadt- magazin

dbb Landesvorstand:

Klares Votum für mehr Videoaufklärung



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



© Friedhelm Windmüller

**Liebe Leserinnen,
lieber Leser,**

mit über 5.000 Protestpostkarten haben Sie ein deutliches Zeichen gesetzt und dem dbb berlin bei seinem Kampf um eine gerechte Besoldung den Rücken gestärkt. Vielen Dank dafür!

Eine angemessene und vernünftige Reaktion unserer Berliner Landesregierung kann ich Ihnen allerdings nicht versprechen, dafür haben die politisch Verantwortlichen ihre mangelhafte Sensibilität gegenüber dem öffentlichen Dienst zu oft schon unter Beweis gestellt.

Überdeutlich hat sich das auch bei unserer Veranstaltung dbb im Dialog gezeigt, bei der die Klagen über den Bewerbermangel in fast allen Bereichen des Landesdienstes kein Ende nehmen wollten. Zumindest die Opposition hat mittlerweile wohl erkannt, dass Berlin mit seiner schlechten Bezahlung im Wettbewerb um qualifizierten Nachwuchs auf verlorenem Posten steht und will ein neues Besoldungskonzept vorlegen.

Auch das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung ist offenbar beim Senat nicht in den besten Händen. Das jedenfalls findet ein Aktionsbündnis unter Beteiligung der stellvertretenden Landesvorsitzenden der DPoG Berlin, das ein Volksbegehren für mehr Videoaufklärung an Brennpunkten anstrebt. Beim dbb Landesvorstand hat das Vorhaben einmütige Unterstützung gefunden.

Titelthema der Oktoberausgabe des hauptstadt magazins ist das Bundeskanzleramt, nicht nur weil seine Leitung monatelang heiß umkämpft war, sondern auch weil es zu den architektonisch herausragenden Bauwerken Berlins zählt. In dem Zusammenhang haben wir auch unserer dort zuständigen Mitgliedsgewerkschaft, dem VBOB, einen Artikel gewidmet.

Außerdem kommen unseren Mitgliedsgewerkschaften gkl berlin, die den Innensenator bei ihrer Klausurtagung zu Gast hatte, und DPVKOM, die Sturm gegen Leistungskürzungen der Briefpost läuft, zu Wort.

Bei unserem Preisrätsel wollen wir dieses Mal die Gewinnerinnen und Gewinner mit zehn Exemplaren des Beihilfe-ABC Berlin für den Fall der Fälle beihilferechtlich fit machen.

Bitte bleiben Sie aber trotzdem schön gesund!

Mit vielen Grüßen
Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Inhalt

Sicherheit

Landesvorstand für mehr Videoaufklärung 4

Aktuelle Gewerkschaftspolitik

dbb im Dialog 5
Jahresgespräch mit Bündnis 90/Die Grünen 6
5.000 Protestpostkarten übergeben 7

Schwerpunktthema Bundeskanzleramt

Überzeugende Eleganz ... 8
VBOB-Fachgruppe 9

Digitalisierung

4. Berliner Verwaltungskongress 11

Aus den Mitgliedsgewerkschaften

Innensenator bei gkl-Klausurtagung 12
DPVKOM will Leistungsabbau verhindern 13
30 Jahre Jugendstrafanstalt Berlin 14

Unterhaltung

Preisrätsel 15
Gewinner des September-Rätsels 15

Zum guten Schluss

Schlappe für Landesgesetzgeber 16

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. Telefon: 030.3279520.

Telefax: 030.32795220. Internet: www.dbb.berlin.

E-Mail: post@dbb.berlin. Einzelmitglieder des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. Telefax: 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. E-Mail: post@dbb.berlin.

Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. Telefon: 02102.74023-0.

Telefax: 02102.74023-99. E-Mail: mediacenter@

dbbverlag.de. Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715. Anzeigendisposition: Britta

Urbanski, Telefon: 02102.74023-712. Anzeigentarif Nr. 14,

gültig ab 1.10.2016. Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH &

Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern.

Layout: FDS, Geldern. Fotos: wie angegeben.

Titelbild: © sehbaer_nrw / Fotolia

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

dbb Landesvorstand für mehr Videoaufklärung

Einstimmig unterstützt wird vom Landesvorstand des dbb berlin das Volksbegehren für mehr Videoaufklärung von Straftaten. In der Sitzung am 19. September hatte Mitinitiatorin Sabine Schumann, stellvertretende Landesvorsitzende der DPoIG Berlin, die Mitglieder des Landesvorstandes zunächst über Inhalt und Ziele des Volksbegehrens aufgeklärt.

„Der gezielte Ausbau der Videoaufklärung birgt großes Potenzial für die Aufklärung von Straftaten, den Opferschutz und die Prävention“, so Schumann. Auch bisherige Skeptiker könnten sich zunehmend für diesen Gedanken erwärmen. Jetzt komme es darauf an, Ausbau, Abläufe, Standortwahl, konkrete Technik und Sicherungsmaßnahmen für alle aufgezeichneten Bilder so zu definieren, dass in der Bevölkerung dauerhaft große Zustimmung gewonnen werden kann.



Sabine Schumann (DPoIG) sammelt Unterschriften auf dem Alexanderplatz.

„Wenn unsere Gesellschaft keine angemessene Antwort auf die berechtigten Sicherheitsbedürfnisse weiter Bevölkerungsteile findet, dann wird die Vertrauenskrise gegenüber der Politik, gegenüber ihren Vertretern und damit gegenüber unserem Gemeinwesen weiter zunehmen“, warnte die stellvertretende DPoIG-Landesvorsitzende.

Die Frage, wie die Sicherheit in Berlin mit einem durchdachten und effektiven Konzept zur Videoauf-



klärung erhöht werden kann, sei zu bedeutend, als dass sie parteipolitischen Interessen und Ideologien geopfert werden könne.

Aus diesen Gründen hat sich in Berlin ein temporäres Aktionsbündnis mit Vertretern aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und über Parteigrenzen hinweg zusammengefunden, das einen beispielhaften Gesetzentwurf für den Ausbau der Videoaufklärung bei gleichzeitiger Stärkung des Datenschutzes erarbeitet hat.

(abrufbar unter: <https://www.sicherheit-in.berlin/wp-content/uploads/2017/09/Artikel-Gesetz-für-mehr-Sicherheit-und-Datenschutz-in-Berlin.pdf>)

Konkret will das Bündnis 50 stark kriminalitätsgefährdete Orte und 300 Fahrrad-Abstellanlagen durch Kameras der Polizei rund um die Uhr überwachen lassen. Die Technik soll helfen, Straftaten im Vorfeld zu erkennen.

Für ein Volksbegehren sind zunächst 20.000 gültige Unterschriften innerhalb von sechs Monaten nötig. Vor der Presse zeigte sich Sabine Schumann zuversichtlich, dass diese Hürde sogar noch schneller genommen werden könnte. Sie selbst hatte zu Beginn der Aktion am 13. September am Alexanderplatz die ersten Unterschriften mitgesammelt.

Weitere 170.000 Unterschriften sind danach nötig, damit eine Volksabstimmung durchgeführt wird. ■

Die Unterschriftenliste kann auf der Homepage des dbb berlin und unter diesem Link heruntergeladen werden:

<https://www.sicherheit-in.berlin/unterschriften-sammeln/>

dbb im Dialog

Personalnotstand in allen Verwaltungen!

Mit jeder Menge alarmierender Praxisbeispiele über die verheerenden Auswirkungen der Berliner Besoldungspolitik im Gepäck kann der CDU-Fraktionsvorsitzende im Berliner Abgeordnetenhaus, Florian Graf, nach der Veranstaltung „dbb im Dialog“ am 13. September 2017 zu einer Klausurtagung seiner Partei im Oktober anreisen. Dort soll ein wettbewerbsfähiges Besoldungssystem für Berlin entwickelt werden, das die Beschäftigung im öffentlichen Dienst der Hauptstadt wieder attraktiver machen soll. Die Repräsentantinnen und Repräsentanten des dbb berlin und seiner Mitgliedsgewerkschaften ließen bei der Gesprächsrunde jedenfalls keinen Zweifel darüber aufkommen, dass in den Berliner Verwaltungen allmählich das Licht ausgeht.

Es brennt inzwischen überall: Bei der Justizverwaltung dauert die Umsetzung eines Haftbefehls mittlerweile zwischen 94 Tagen und vier Jahren, trotzdem wird weiter an der Sicherheitszulage geknausert. Den Berufsschulen macht nicht nur die schlechte Berliner Bezahlung zu schaffen, sondern auch die fehlende Verbeamtung der Lehrer. Beides hat zu einem höchst bedenklichen Qualitätsverlust im chronisch unterbesetzten Kollegium geführt.

Ausbilder sind Mangelware

„In den Bezirken kommt keiner mehr an“, klagt eine dort beschäftigte Ausbildungsleiterin. Schwierigkeiten gibt es darüber hinaus, unter dem überlasteten vorhandenen Personal Ausbilder zu finden.

Letzteres trifft auch auf die Finanzverwaltung zu, bei der inzwischen ein Ausbilder drei bis vier Anwärter betreuen muss. Trotz mehrmaliger Stellenausschreibungen konnten auch hier wegen Bewerbermangel nicht einmal die personellen Abgänge ersetzt werden.

Traditionen zerbrechen

Wenn die Beschäftigungsbedingungen nicht stimmen, helfen auch keine teuren Werbeplakate. Bei der Polizei, die in diesem Jahr schon das dritte Mal die Bewerbungsfrist verlängert und vermutlich notgedungen das eine oder andere Qualitätsmerkmal fallen gelassen hat, zeichnet sich deutlich ab, dass familiäre Berufstraditionen ganz offenbar am Frust über die Beschäftigungsbedingungen in großer Zahl zerbrechen.

Chronisch unterbesetzt sind ohnedies die Verwaltungen, die in Konkurrenz zur privaten Wirtschaft stehen. Das trifft für den IT-Bereich ebenso zu wie für den öffentlichen Gesundheitsdienst. Letzteren ereilen darüber hinaus Hilferufe, wie etwa bei der

grassierenden Rattenplage, deren Ursachen wiederum im Personal-mangel der Bezirke liegen. „Solange die Stadt verdreht und verschlampt bleibt, werden auch die Ratten über die Gehwege und Grünflächen toben“, lautet hier die Antwort der Mediziner.

Neue Systematik

Bei der CDU hat man offenbar erkannt, dass die Besoldungsflickschusterei über Anpassungsschläge, mit denen mittelfristig das Niveau der anderen Gebietskörperschaften erreicht werden soll, dieser höchst brisanten personellen Situation nicht mehr gerecht wird. Eine neue Systematik soll deshalb her, die die Tabellenwerte des Bundes vollständig übernimmt und durch Zulagenregelungen und flexiblere Aufstiegsmöglichkeiten ergänzt wird. Der dbb berlin und seine Fachgewerkschaften wurden vom CDU-Fraktionsvorsitzenden eingeladen, den entsprechenden Änderungsantrag, der noch im Oktober vorbereitet werden soll, mitzubegleiten.

Der Berliner Regierungskoalition warf Graf vor, mit dem Besoldungsanpassungsgesetz 2017/2018 ihr Wahlversprechen einer zügigen Angleichung gebrochen zu haben, ebenso wie die entsprechende Vereinbarung im Koalitionsvertrag. „Die Regierung hat die Personalentwicklung seit 2008 ausgesessen“, kritisierte Graf weiter, „und stattdessen eine Streit über Kompetenzen ausgetragen.“ Das Resultat dieser Auseinandersetzung, nämlich die Zuständigkeit des Finanzsenators für die personellen Angelegenheiten des öffentlichen Dienstes, hält Graf – genauso wie der dbb berlin – wegen der überwiegend fiskalischen Interessenlage dieses Ressorts für falsch.



Florian Graf (CDU) will ein wettbewerbsfähiges Besoldungssystem für Berlin.

Jahresgespräch mit Bündnis 90/Die Grünen:

dbb berlin kritisiert Schieflagen



Mit einer ganzen Reihe politischer Schieflagen hat die Landesleitung des dbb berlin die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen bei einem Meinungsaustausch am 30. August 2017 konfrontiert. Insbesondere aus ihrer Verärgerung über die unzureichenden Besoldungsanpassungen 2017/2018 machten dbb Landeschef Frank Becker und seine Stellvertreterin Synnöve Nüchter keinen Hehl. Speziell der verzögerte Anpassungstermin 1. August provozierte die Betroffenen.

Becker erinnerte in diesem Zusammenhang nochmals an den Berliner Alleingang in der Tarifpolitik, der für Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes und Beamten gleichermaßen zu Bezügeanpassungen im August geführt habe. Mit der Rückkehr Berlins in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) gilt als maßgeblicher Anpassungszeitpunkt wieder der 1. Januar – nach Vorstellungen des Senats aber leider nicht für die Beamten. „Das ist nicht mehr vermittelbar und untergräbt das Vertrauen in die Politik“, warnte Becker, „vor allem wenn den Beamtinnen und Beamten jetzt das Märchen von einer ‚Anpassungstradition zum 1. August‘ aufgetischt wird.“

Zu knapp bemessene Fristen

Eine weitere Fehlentwicklung sieht Becker in den immer wieder viel zu kurzen Fristen, die den Spitzenverbänden des öffentlichen Dienstes für ihre Stellungnahmen zu Gesetzen oder sonstigen Vorschriften gesetzt werden. Auch beim Besoldungsanpassungsgesetz seien dem dbb berlin lediglich zwei Wochen Zeit für die Abgabe seiner Stellungnahme eingeräumt worden. Die Fraktionsvorsitzende Antje Kapek, die gemeinsam mit dem innenpolitischen Sprecher Benedikt Lux, der haushaltspolitischen Sprecherin Anja Schillhaneck und dem Parlamentarischen Geschäftsführer und Beauftragten für Kultur und Haushalt, Daniel Wesener, für Bündnis 90/Die Grünen an dem Gespräch teilnahm, will das Thema weiterverfolgen.

In Fachgesprächen weiterverfolgt werden sollen auch die Probleme, die bei dem Meinungsaustausch nur kurz angerissen werden konnten. Hierzu zählen die strukturellen Veränderungen im öffentlichen Dienst, Defizite bei der Wertschätzung gegenüber

den Beschäftigten, das Vergaberecht und das Personalvertretungsgesetz.

Sonderthema Postversand

Auf großes Interesse der Abgeordneten stieß schließlich das Sonderthema Postversand des Landes Berlin durch private Postdienstleister, das der Vorsitzende des Regionalverbandes Ost der DPVKOM, Torsten Jaehne, vortrug. Auch diese Frage soll auf Fachebene vertieft bzw. mit der zuständigen Wirtschaftsministerin Ramona Pop besprochen werden. ■



5.000 Protestpostkarten übergeben!

Gleich in rund fünftausendfacher Ausfertigung können die Regierungsparteien jetzt schwarz auf weiß nachlesen, was die Betroffenen von ihrer Besoldungspolitik halten. „Nämlich gar nichts“, brachte es dbb Landeschef Frank Becker auf den Punkt, der am 18. September das umfangreiche Resultat der Postkartenaktion „Wer uns quält, wird nicht gewählt“ persönlich mithilfe von Landesvorstandsmitglied Thomas Goiny bei den Landesgeschäftsstellen von SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen abliefern.

Mit der Postkartenaktion sollen die Regierungsparteien im Berliner Abgeordnetenhaus für eine gerechte Besoldung und die dringende Notwendigkeit von Nachbesserungen bei der Besoldungsanpassung 2017/2018 sensibilisiert werden – und zwar durch die Betroffenen selbst.

Während bei „Die Linke“ und „Bündnis 90/Die Grünen“ die Postkarten an Mitarbeiterinnen übergeben wur-

den, nahm SPD-Landesgeschäftsführerin Anett Seltz die Karten persönlich entgegen, die übrigens den Parteien nicht unbekannt waren, weil zahlreiche Kolleginnen und Kollegen ihren Protest direkt an die Parteien geschickt hatten.

„Der dbb berlin bedankt sich bei allen Kolleginnen und Kollegen, die die Aktion unterstützt haben“, zog dbb Landeschef Frank Becker ein erstes Resümee. „Die breite Unterstützung hat nicht nur dem dbb berlin den Rücken gestärkt, sondern dürfte auch im politischen Raum Denkprozesse in Gang gesetzt haben.“ ■



Überbrachten die Protestpost persönlich: dbb Landeschef Frank Becker und Thomas Goiny vom Landesvorstand.

Das Bundeskanzleramt in Berlin: Überzeugende Eleganz ...

... hatte schon das Preisgericht des Architektenwettbewerbs für das Berliner Bundeskanzleramt dem letztlich siegreichen Entwurf von Axel Schultes und Charlotte Frank im Jahre 1993 bescheinigt. Und trotz der kolossalen Ausmaße des Gebäudes teilt sich dieser Eindruck dem heutigen Besucher des 2001 fertiggestellten Gebäudes auch unmittelbar mit. Dafür sorgen schon die großzügige Weite des lichtdurchfluteten Baus, eine schnörkellose wellenförmige Formsprache im Innern, spektakuläre Ehrentreppen und lange Sichtachsen.

Von Anfang an war das monumentale Gebäude, das rund achtmal so groß ist wie das Weiße Haus in Washington, nicht unumstritten. Und tatsächlich muten die Zahlen gigantisch an: Die Hauptnutzfläche beläuft sich auf ca. 19.000 m², das bebaute Grundstück umfasst mit dem Hubschrauberlandeplatz und dem Kanzlerpark rund 73.000 m² und der mittlere Repräsentationsteil des Gebäudes – ein Kubus, den der Berliner Volksmund gern als Waschmaschine bezeichnet – misst mit seinen acht Geschossen 36 Meter Höhe. An den Kubus schließen sich symmetrisch auf beiden Seiten deutlich niedrigere Verwaltungsflügel an, in denen die rund 550 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes untergebracht sind.

Optische Veränderungen

Obwohl gerade einmal 16 Jahre alt, hat der Bau schon einige Veränderungen erfahren. Die Tatsache, dass zwar Altkanzler Helmut Kohl im Februar 1997 den ersten Spatenstich setzte und die Planung und Durchführung im Wesentlichen begleitet hat, nach verlorener Wahl aber als Erster sein Rivale Gerhard Schröder dort residierte, führte schon unmittelbar nach Fertigstellung des neuen Kanzleramts zu ersten neuen optischen Akzenten: Der Sichtbeton im Gebäude wurde weiß übertüncht, während die Geschosse im Treppenhaus des Hauptgebäudes großflächig durch unterschiedlich Farben gekennzeichnet wurden. Pate bei der Farbauswahl standen mittelalterliche Malerhandbücher, die beispielsweise der Farbe Blau „Weisheit“ zuordnen. An den langen Wegen im neuen großflächigen Bundeskanzleramt konnte aber auch Schröder nichts ändern. Mit der Idee von

Fahrrädern oder Roller Skates für die Bediensteten soll er aber durchaus geliebäugelt haben. Letztlich blieb es aber doch bei elektronischer Kommunikation und einem Rohrpostsystem für den Aktenversand.

Angela Merkel, immerhin seit zwölf Jahren Chefin des Hauses, hat bislang nicht den Veränderungsdrang ihres Vorgängers gezeigt. In ihre Amtszeit fällt lediglich die segelartige Überdachung am Eingang zum Ehrenhof – eine ausschließlich zweckmäßige Ergänzung, weil die Kanzlerin ihren Staatsgästen stets bis ins Freie entgegenkommt und natürlich nicht den Unbilden der Witterung ausgesetzt sein soll.

Ausgestellte Gastgeschenke

Staunen löst bei den Besuchern regelmäßig eine kleine Auswahl der Gastgeschenke ausländischer Repräsentanten aus, die im Kanzleramt ausgestellt werden. Niemand wird verwundert darüber sein, dass



Der Kabinettsaal im Bundeskanzleramt

Helmut Schmidt gern schon einmal mit einer Pfeife überrascht wurde. Zu den schönsten Staatsgeschenken, die Willi Brandt entgegennehmen konnte, zählt ein persönlich verfasstes Buch des ersten Ministerpräsidenten von Tansania, Julius Nyerere, und Angela Merkel wurde vom französischen Staatspräsidenten sinnigerweise mit einer Originalausgabe einer naturwissenschaftlichen Abhandlung von Nobelpreisträgerin Marie Curie geehrt.

Galerie bisheriger Bundeskanzler

Natürlich haben alle Kanzler der Bundesrepublik Platz im Berliner Prachtbau – zumindest als Portrait. Während die Gemälde, die Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger und Willi Brandt zeigen, aus Familienbesitz stammen, lassen sich die Amtsinhaber ab Helmut Schmidt von einem Künstler ihrer Wahl portraituren. Schmidt wird vom ostdeutschen Künstler Bernhard Heisig sehr treffend in seiner typisch nachdenklichen Zigarettenpose wiedergegeben, während das Portrait von Altkanzler Schröder, 2007 von Jörg Immendorf gemalt, mit fast exakt fotografisch abgebildetem leuchtend goldenen Kopf in einer dunklen ellipsenförmigen Fassung besonders auffällt.

Im 6. Stockwerk des Hauses liegt der Kabinettsaal, in dem Ernst Ludwig Kirchners expressionistisches Bild „Sonntag der Bergbauern“ prangt, mit dem Helmut Schmidt 1975 die „Sparkassenarchitektur“ des Bonner Kanzleramts zumindest innen zu verschönern suchte.



Kirchners Bild im Kabinettsaal

Als künstlerisches Hauptwerk des neuen Kanzleramts gilt die berühmte 87,5 Tonnen schwere Eisenplastik „Berlin“ des baskischen Spaniers Eduardo Chillida im Ehrenhof, die mit zwei ineinandergreifenden Armen „Teilung“ und „Vereinigung“ symbolisiert.

Tag der offenen Tür

Ein Besuch im Kanzleramt, das unter anderem auch das Arbeitszimmer der Bundeskanzlerin, die Büros der Staatsminister, des Staatssekretärs und des Kanzleramtschefs, Bankettsäle, einen internationalen Konferenzraum sowie eine „Geheimtage“ beherbergt, lohnt. Interessenten finden am unkompliziertesten beim alljährlichen Tag der offenen Tür der Bunderegierung Einlass. ■

VBOB

Aufstiegschancen verbessern!

Das Berliner Bundeskanzleramt ist als zentrale Koordinierungsstelle für die gesamte Bundespolitik von herausragender Bedeutung und steht deshalb immer wieder im Fokus des öffentlichen Interesses. Weniger spektakuläre Politik wird aber auch im Inneren des Hauses für die rund 650 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betrieben, und zwar die Gewerkschaftspolitik einer engagierten Fachgruppe des Verbandes der Beschäftigten der obersten und oberen Bundesbehörden (VBOB) unter Vorsitz von Olaf Lüttke, der zugleich stellvertretender VBOB-Bundesvorsitzender ist.

In einem Gespräch mit dem hauptstadt magazin erweist sich Herr Lüttke als Gewerkschafter reinsten Wassers, der auch dank über zehnjähriger Erfahrung in der Personalratsarbeit – u. a. als Vorsitzender des Gesamtpersonalrats und des örtlichen Personalrats – sehr genau weiß, wo bei den Kolleginnen und Kollegen der Schuh drückt.

War lange Zeit die Einführung familienfreundlicher und flexibler Arbeitszeiten, die gerade im Bereich der Bundesministerien und -behörden zunächst auf wenig Gegenliebe stieß, eine große gewerkschaftliche Herausforderung, geht es heute mehr um Fortbildung, berufliche Entwicklung und die Herausforderung bei der Modernisierung der Bundesverwaltung.

„Wir mussten dicke Bretter bohren,“ erinnert sich Herr Lüttke im Zusammenhang mit Gleitzeitregelungen in den Behörden, „heute gilt es, die Dienststellenleitungen immer wieder an Personalförderung und die Umsetzung des Bologna-Prozesses in allen Statusgruppen zu erinnern.“

Leider werden nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft.“

Bologna-Prozess umsetzen

Vor allem mit den flexibleren Aufstiegsmöglichkeiten hat man noch oft Anlaufschwierigkeiten. „Hier wird allzu oft übersehen, dass keineswegs alle Beschäftigten einer höheren Laufbahn zuzurechnen sind, sondern dass viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dem einfachen und mittleren Dienst angehören und Aufstiegschancen verdienen.“

Natürlich bedarf es zuvor der Qualifizierung durch eine entsprechende Aus- und Fortbildung. Da trifft es sich natürlich sehr gut, dass Olaf Lüttke als Ausbildungsleiter auch von Amts wegen im Bundeskanzleramt für die Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zuständig ist und die Materie bestens kennt.

Auch als ehrenamtlicher Vorsitzender des Sozialwerkes im Bundeskanzleramt e. V. und AG-Mitglied der Sozialwerke des Bundes sorgt der VBOB-Fachgruppenvorsitzende für die Belegschaft. Mutter-Kind-Kuren, günstige Ferienaufenthalte und Familienfreizeiten werden hier vermittelt. Aber auch die sehr wichtige Unterstützung mit speziellen Angeboten

für traumatisierte Soldaten und ihre Familien oder einem deutsch-israelischen Jugendaustausch in Zusammenarbeit mit dem Sozialwerk der Bundeswehr werden unterstützend bearbeitet. „Beides sehr wichtige Anliegen“, betont der sozial engagierte Olaf Lüttke, von dem sich in seiner Funktion als Personalrat übrigens auch der ein oder andere Bedienstete des Kanzleramts gern einmal zu wichtigen Personalgesprächen begleiten lässt.

Hilferufe aus nachgeordneten Behörden

Immer wieder gibt es beim VBOB auch Hilferufe aus dem nachgeordneten Geschäftsbereich. So warten die Beschäftigten des Bundesnachrichtendienstes noch immer auf ihren schon lange geplanten Umzug von Pullach nach Berlin und niemand weiß bis heute, wann der gigantische Neubau tatsächlich bezogen werden kann – für die Beschäftigten und ihren Familien, gerade in den unteren Einkommensgruppen, eine schwierige Hängepartie, die viele soziale Probleme aufwirft. Umso unverständlicher sind die Schwierigkeiten, auf die der VBOB bei seinen Initiativen zur Wiederbelebung des ausgelaufenen Tarifvertrags für die Regierungsumzüge gestoßen ist. Hier musste u. a. beim Innenausschussvorsitzenden des Deutschen Bundestags interveniert werden.

Besonders schwere Zeiten durchlebt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, dessen Beschäftigte seit Beginn der Flüchtlingswelle ständiger Überbelastung ausgesetzt sind und die zudem noch als Sündenböcke für fehlende Vernetzungen bzw. politische Versäumnisse und Fehleinschätzungen herhalten müssen. Auch die Dienststellenleitung war in den Jahren 2015/16 kein Glücksgriff, weil Mitbestimmungsregelungen sträflich unterlaufen oder missachtet wurden. Zwar konnte der VBOB dem Personalrat mit all seinem Fachverstand zur Seite stehen, den entstandenen Schaden aber nicht verhindern.

Gerechte Bezahlung

Last, but not least engagiert sich Olaf Lüttke natürlich auch mit Nachdruck für eine gerechte Bezahlung der Beschäftigten und zeigt – obwohl mit seiner Bundesbehörde nicht betroffen – sehr wenig Verständnis für die Berliner Politik, die mit ihren Besoldungsentscheidungen und der ausbleibenden Lehrerverbeamtung den Nachwuchs praktisch in andere Gebietskörperschaften treibt. Als Mitglied der Bundestarifkommission beim dbb beamtenbund und tarifunion wirkt er an den Tarifverhandlungen mit wie auch an der Umsetzung der Entgeltordnung.

„Es macht Freude, sich einzusetzen“, begründet er sein vielfältiges Engagement. Das hauptstadt magazin wünscht dabei weiter viel Erfolg. ■



VBOB-Fachgruppenvorsitzender im Bundeskanzleramt, Olaf Lüttke

4. Berliner Verwaltungskongress

Digitale Verwaltung – einfach, elektronisch, effizient!

Die „Umsetzung des Berliner E-Government-Gesetzes“ war der aktuelle thematische Schwerpunkt des 4. Berliner Verwaltungskongresses am 7. September in Adlershof. Die beiden Veranstalter, Senatsverwaltung für Inneres und Sport und IT-Dienstleistungszentrum Berlin, hatten mit diesem Kernthema ins Schwarze getroffen und hätten wohl noch weit mehr Teilnehmer als die ca. 300, die der verfügbare Platz erlaubte, für die Veranstaltung gewinnen können. Mit von der Partie war die Vorsitzende des Gesamtpersonalrats Finanzen, Martina Riedel (DSTG), die den Kongress außerordentlich positiv bewertete. Wegen der Brisanz der Thematik wäre die Teilnahme vieler Gremienvertreterinnen und -vertreter aus allen Teilen der Berliner Verwaltung wichtig gewesen.

In zahlreichen Foren konnten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über spezielle Aspekte des Kongressthemas informieren, angefangen von der Bedeutung für jedermann zugänglicher Daten (Open Data) für die Verwaltungsmodernisierung über Geschäftsprozessmanagement als Voraussetzung für die Digitalisierung bis hin zum Amsterdamer Modell für Bürgerzentren.

Für Martina Riedel hatte ein Forum, das den Neuköllner Weg zur beschleunigten Personalgewinnung beschrieb, besondere Anziehungskraft. Hatte sie doch gerade die langwierigen und teilweise widersprüchlichen Verwaltungsabläufe begleitet, mit denen in der Berliner Steuerverwaltung aus ca. 1.200 Bewerbungen in über 300 Vorstellungsgesprächen schließlich 170 Stellen besetzt werden sollten.

„rexx“ vereinfacht Bewerbungsverfahren

Für diesen aufwendigen Prozess wird in Neukölln flächendeckend „rexx“ angewendet, ein Programm, das die Verwaltung, die Prüfung und den Abgleich von Bewerberdateien ermöglicht und dank eines Formschreibenmoduls zusätzlich schnellen Kontakt mit den Bewerbern erlaubt. Interessenten werden in Neukölln mit einer modernen Öffentlichkeitsarbeit, die auch auf herkömmliche Printwerbung und auf Social Media setzt, gewonnen. Gute Erfahrungen hat man darüber hinaus mit einer Willkommenskultur gesammelt, die mit einer angenehmen Atmosphäre bei Bewerbungsgesprächen beginnt und bei klaren Zuständigkeiten, festen Ansprechpartnern und einer identitätsstiftenden Behördenmarke aufhört.

Barrierefreiheit beachten

Auch über das Thema Barrierefreiheit in der digitalen Verwaltung hat sich die Vorsitzende des Gesamtpersonalrats Finanzen umfassend in einem weiteren Forum bei dem Kongress informieren können. Neben gesetzlichen Grundlagen und Bestimmungen ging es hier insbesondere um die Beachtung spezieller Softwareerfordernisse, damit Menschen mit Beeinträchtigungen nicht von digitalen Verwaltungsabläufen



© MEV Agency UG

ausgeschlossen werden. Spracheingabetools sind ebenso gefragt wie Möglichkeiten zur Schriftgrößen- und Farbveränderung, insbesondere auch in Eingabemasken. Ein Navigieren darf nicht nur mithilfe der Maus, sondern muss grundsätzlich auch über die Tastatur möglich sein. „Die Entwicklung entsprechender Module“, schätzt Martina Riedel die Situation ein, „ist offenbar ein lösbares Problem. Voraussetzung dafür ist aber, Sensibilität für die Bedürfnisse von Menschen mit Beeinträchtigungen in der digitalen Welt zu entwickeln, um den Programmentwicklern entsprechende Vorgaben zur Anpassung geben zu können. Dafür müssen wir Personalräte uns noch stärker einsetzen.“

gkl berlin

Innensenator steht Rede und Antwort

Wenig konkret blieben die Aussagen von Innensenator Andreas Geisel vor dem Landesvorstand der gkl berlin am 15. September 2017 in Erkner. Im Rahmen ihrer alljährlichen Klausurtagung wollten die 30 Vertreterinnen und Vertreter der Betriebsgruppen der gkl berlin u. a. wissen, wie der akuten Gefährdung der Beschäftigten in den unterschiedlichsten Bereichen des öffentlichen Dienstes begegnet werden soll.

Die gkl berlin fordert zum Schutz der Kolleginnen und Kollegen vom Senat ein ganzheitliches Konzept ein. „Hierbei muss der Senat auch entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung stellen“, stellte dazu die stellvertretende Landesvorsitzende Andrea Orhan klar.

Erschrocken über die Gewalt, die „so vor Ort abgeht“, zeigte sich Innensenator Geisel, der sich in den vergangenen Wochen intensiv u. a. in Polizeiabschnitten, bei der Feuerwehr und Nachtstreifen am Kottbusser Tor über die Situation der Beschäftigten informiert hatte. Der Ton, insbesondere gegenüber den Polizistinnen und Polizisten, sei so brutal gewesen, dass er sich über die besonnene Reaktion der Betroffenen wundere. Über entsprechende Sicherheitsmaßnahmen müsse deshalb nachgedacht werden. Auch die Imagekampagne der Polizei „Da für Dich“ sei in diesem Zusammenhang zu sehen.

Bezirke gefragt

Für die Verankerung von Sicherheitskonzepten für die Beschäftigten sah der Innensenator allerdings auch die Bezirke in der Pflicht, die für das Gros der 110.000 Beschäftigten Dienstherr bzw. Arbeitgeber sind. Was die bauliche Sicherung der rund 3.000 Dienstgebäude betrifft, verwies er auf die Zuständigkeit der BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH.

Herausforderung „E-Akte“

Eine enorme Herausforderung für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sieht Geisel in der Einführung der E-Akte (elektronische Akte), die mit hohen Erwartungen der Bevölkerung verknüpft sei. Ein besonderer Fokus müsse deshalb auf die Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerichtet sein. Mitglieder des gkl Landesvorstandes verwiesen allerdings darauf, dass für einen Verzicht auf die Schriftform noch zahlreiche Gesetze, die diese explizit verlangen, geändert werden müssen. Regelungsbedarf bestehe auch bei der Zertifizierung und den entsprechenden Schulungen. Schließlich dürfe auch die technische Herausforderung für das IT-Dienstleistungszentrum (ITDZ) nicht unterschätzt werden.

Stellenbesetzungen verkürzen

Verkürzen will der Senator die Stellenbesetzungen im öffentlichen Dienst, etwa durch Sammelausschreibungen für freie Stellen. Bislang dauern Stellenbesetzungen zwischen vier und zwölf Monaten. Für diese lange Bearbeitungszeit seien, wandte der dbb Landesvorsitzende und Ehrenvorsitzende der gkl berlin, Frank Becker, ein, entgegen anderslautender Behauptungen aus dem politischen Raum nicht die Personalvertretungen verantwortlich.

Becker erinnerte den Innensenator überdies an sein auch Finanzsenator Kollatz-Ahnen zugegangenes Schreiben in Sachen „Umgang mit Fantasieforderungen der sogenannten Reichsbürger“ (s. Bericht in der Ausgabe September des hauptstadt magazins) und forderte eine schnelle Lösung für die Kolleginnen und Kollegen mit Regelungen, wie sie der Polizeipräsident bereits für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter veröffentlicht hat. Auch in Sachen Ausführungsvorschriften für die Beamtinnen und Beamten zum Pflegezeitgesetz (PflegeZG) und Familienpflegezeitgesetz (FPfZG) sei der Senats, der überhaupt noch keine Regelung getroffen hat, im Verzug.

Die Beteiligungsvorlage des Finanzsenators zum ebenfalls dringend erwarteten Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf für Berliner Beamtinnen und Beamte ist demgegenüber wenige Tage nach der gkl Klausur beim dbb berlin eingegangen. Eine entsprechende Stellungnahme wird unter Einbeziehung der Mitgliedsgewerkschaften bis zum 10. Oktober abgegeben.

Im weiteren Verlauf der Klausurtagung der gkl berlin wurde intensiv über Mitgliederwerbung, Mitgliederbindung und Haushaltsangelegenheiten beraten. Darüber hinaus nutzten die Vertreterinnen und Vertreter der Betriebsgruppen der gkl berlin die Tagung zum gegenseitigen Gedankenaustausch.

Schließlich informierte Silke Fischer von der BBBank über aktuelle Angebote des Finanzinstituts für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes.

Briefzustellung

Plant die Post massive Einschränkungen?!

Ein Pilotprojekt der Deutschen Post hat die Kommunikationsgewerkschaft DPVKOM auf den Plan gerufen. Das Unternehmen testet zurzeit neue Zustelloptionen, wonach – je nach Wahl des Kunden – Briefe gesammelt an einem Wochentag, an drei Wochentagen oder an fünf Wochentagen zugestellt werden. „Pilotprojekt sofort stoppen!“, heißt es dazu aus der DPVKOM-Zentrale in Bonn.

Und das aus guten Gründen: So erinnerte der DPVKOM-Bundesvorsitzende Volker Geyer das Unternehmen nachdrücklich an seine gesetzliche Verpflichtung, die postalische Grundversorgung an sechs Tagen in der Woche sicherzustellen. „Daran darf nicht gerüttelt werden“, so Geyer wörtlich.

Nach Einschätzung der DPVKOM verbirgt sich hinter dem laufenden Pilotprojekt nichts anderes als ein weiterer Versuch des Unternehmens, diese Grundversorgung und Selbstverpflichtung sukzessive zu unterlaufen. So wurde bereits vor etwa zwei Jahren die Zustellung am Montag auf ausschließlich voll-bezahlte Briefe zurückgefahren, offenbar drohten jetzt weitere Einschränkungen.

Der Regionalvorsitzende der DPVKOM Ost, Torsten Jähne, betonte dem hauptstadt magazin gegenüber auch die Gefährdung von Arbeitsplätzen durch eine ausgedünnte Zustellung. Der Postvorstand könne seine völlig überzogenen Gewinnziele – das operative Konzernergebnis soll bis 2020 um durchschnitt-

lich mehr als acht Prozent pro Jahr gesteigert werden – nicht auf dem Rücken der Mitarbeiter und der Kunden durchsetzen, hatte auch der Bundesvorsitzende Geyer klargestellt und energischen Widerstand gegen eine solche Unternehmenspolitik angekündigt. ■



© MEY Agency UG

Wir stehen uneingeschränkt zur Sechs-Tage-Zustellung!

www.DPVKOM.de DEINE Fachgewerkschaft

Vertriebsstelle: Kommunikationsmanagement für Gewerkschaften, Fachverbände & NGOs | www.dpvkom.de

© DPVKOM

30 Jahre Jugendstrafanstalt Berlin

Blick in die Zukunft zum Jubiläum

Ihr 30-jähriges Bestehen hat die Jugendstrafanstalt (JSA) Berlin am 9. September 2017 mit einem Festakt begangen. Anstaltsleiter Bill Borchart nahm den runden Geburtstag zum Anlass, den Blick nicht nur auf die Geschichte des Hauses, sondern auch auf künftige Herausforderungen des Jugendstrafvollzugs in Berlin zu richten.



Zu diesen wichtigen Zukunftsaufgaben muss der notwendige Wissenstransfer von ausscheidenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an die junge Generation ebenso gezählt werden wie die weitere Profilierung der Anstalt als attraktiver Arbeitgeber.

Als besonders erfreulich bezeichnete Borchart in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass überproportional viele dienstältere Bedienstete über die Regelaltersgrenze hinaus eine Weiterbeschäftigung beantragt haben. Auch die Bewerberlage sei gut.

Für die kommenden Jahre kündigte der Anstaltsleiter die verstärkte Umsetzung individueller Personalentwicklungskonzepte für alle Berufsgruppen der JSA und ein Mehr an Eigenverantwortung an. Bei der anstehenden Organisationsbetrachtung gelte es darüber hinaus, die besondere Aufgabenstellung des Jugendvollzuges herauszuarbeiten, die sich u. a. in der Stellenausstattung und bei der Anzahl höherwertiger Stellen in allen Diensten widerspiegele.

Trendwende bei Krankenstand?

Besorgt zeigte sich Borchart über die von 2012 bis 2016 von 87 auf 76 Prozent gesunkene Gesundheitsquote in der JSA. Erste Gegenmaßnahmen zeigten aber bereits Wirkung und deuteten auf eine Trendwende hin.

Großer Handlungsbedarf werde durch die stark veränderte Klientel mit steigenden Bildungsdefiziten hervorgerufen. Ab 2018 soll deshalb der Bereich „Beschäftigung & Qualifizierung“ entsprechend umstrukturiert werden.

Aber auch der 51-prozentige Ausländeranteil bei den Inhaftierten stellt den Vollzugsalltag nach Angaben von Borchart allein im sprachlich-kulturellen Bereich vor große Herausforderungen. Nicht weniger gravierend seien die Probleme mit dem radikalen Islamismus, für den gerade junge Menschen anfällig seien. Aktuell müssten rund zwei Prozent der Inhaftierten der JSA den Sympathisanten zugerechnet werden. Die JSA hat deshalb speziell für diese Gefangenen-Gruppe ein fachgruppenübergreifendes regelmäßiges Besprechungswesen eingeführt, um in allen Diensten mehr Handlungssicherheit zu schaffen.

Wegen der steigenden Einwohnerzahlen in Berlin geht Borchart mittelfristig auch von einem Anstieg der Gefangenenzahlen in der JSA aus. Die aktuelle Belegungsquote von 70 Prozent im geschlossenen Vollzug (rund 100 freie Haftplätze) werde dann wohl der Vergangenheit angehören.

BSBD Berlin gratuliert

Der BSBD-Landesvorsitzende Thomas Goiny gratulierte im Namen seiner Gewerkschaft und bedankte sich bei den Kolleginnen und Kollegen für ihren unermüdlichen und wichtigen täglichen Einsatz. Gerade für junge straffällig gewordene Menschen sei es entscheidend, wieder eine klare Haltung zum Leben und für unsere Gesellschaftsform zu entwickeln. Auch wenn die Zahl der Inhaftierten in den letzten Jahren gesunken ist, betonte Goiny zudem, sei der Betreuungsaufwand gestiegen und hoher Personalbedarf notwendig. ■

Wirbelsturm in Nordamerika	musikalisches Werk	↙	ölbaltige Frucht	↘	ausgedehnt essen u. trinken	↙	Schlag, Streich (französisch)	↘	gemahlenes Getreide	↙	Kreuzesinschrift	US-Bürger (ugs.)	↘	mittelasiat. Fürstentitel	zünftig, kernig; originell	↙	veranlassen, den Anstoß geben									
↳	↘					○ 2	Spar-einlage	↳				↘			↘											
Angehöriger eines Reitervolkes			böse Verwünschung	↳					Rom in der Landessprache	↖	○ 6			Zeitraum von zehn Jahren			israelische Wüste									
↳					○ 5		Kleidungsstück (Kzw.)	↳				Staat in Südasien	↳		○ 4											
Stadt am Thüringer Wald	↳				<div style="background-color: #e91e63; color: white; padding: 10px; text-align: center;"> <p>Unsere Gewinner vom September</p> <p>Gleich zehn Gewinnerinnen und Gewinner haben wir beim September-Preisrätsel unter den Einsendern des richtigen Lösungsworts „Leserbrief“ ausgelost. Je ein dbb Armband mit 4-GB-USB-Stick gewinnen:</p> <p>Siegfried Dölle, 12437 Berlin; Detlef Hinz, 13407 Berlin; Detlef Kahl, 12621 Berlin; Iwona Kaminska, 13407 Berlin; Uwe Kessler, 10557 Berlin; Kirsten Kretschmar, 12107 Berlin; Annett Müller, 10405 Berlin; Peter Radosch, 12105 Berlin; Norbert Titzeck, 14624 Dallgow-Döberitz; Susanne Zühlke, 10965 Berlin</p> </div>										landwirtschaftliches Gerät	↳										
Ungeordnetes	norweg. Schriftstellerin (Sigrid)		Backmasse																				Rahm; fetthaltiger Teil der Milch		Herkunftsland,-ort	
↳	↘																						↳		○ 8	
der Aristokratie angehörig		Sagenkönigin von Sparta																						Tierfell		Ausruf der Verwunderung
↳	○ 1				Rennschlitten	↘		Trauben-ernte	↘	einerlei; gleichartig		Elan, Schwung (englisch)	spanisch: Hurra!, Los!, Auf!	Leid, Schmerz	↳		Währung in Japan (100 Sen)									
schleswig-holst. Heilbad	↳									feine Hautöffnung	↳				dt. Schriftsteller (Karl)											
Haushaltsplan			Schnell!; Ab!	↳				Bruder Kains	↳					Schling-, Urwaldpflanze	↳											
↳				Mit-erfinder des Telefons		○ 7				Name d. Bären in der Tierfabel	↳			○ 3	ausführen, verrichten											

Zehn Beihilfe-Ratgeber zu gewinnen

Die beihilferechtliche Bewertung von Krankheiten oder Vorsorgemaßnahmen ist nicht ganz „ohne“. Hilfreich ist da ein alphabetischer Ratgeber, der ohne langwierige Suche kurze Stichwortinformationen liefert, aber auch auf die entsprechenden Bestimmungen in der Landesbeihilfeverordnung verweist. Zehn der nützlichen Ratgeber „Beihilfe-ABC Berlin“ verlosen wir dieses Mal unter den Einsenderinnen und Einsendern des richtigen Lösungsworts unsers Preisrätsels. Raten Sie mit und seien Sie mit Ihren Beihilfeansprüchen auf der sicheren Seite.

Schicken Sie das richtige Lösungswort bis **15. Oktober 2017** an:

dbb berlin
post@dbb.berlin
oder
Fax: 030 327952-20

Die Gewinnerinnen und Gewinner werden in der Novemberausgabe des hauptstadt *magazins* veröffentlicht. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Sollte Fortuna Ihnen dann nicht hold gewesen sein, können Sie das Beihilfe-ABC Berlin auch unter www.dbbverlag.de käuflich erwerben.

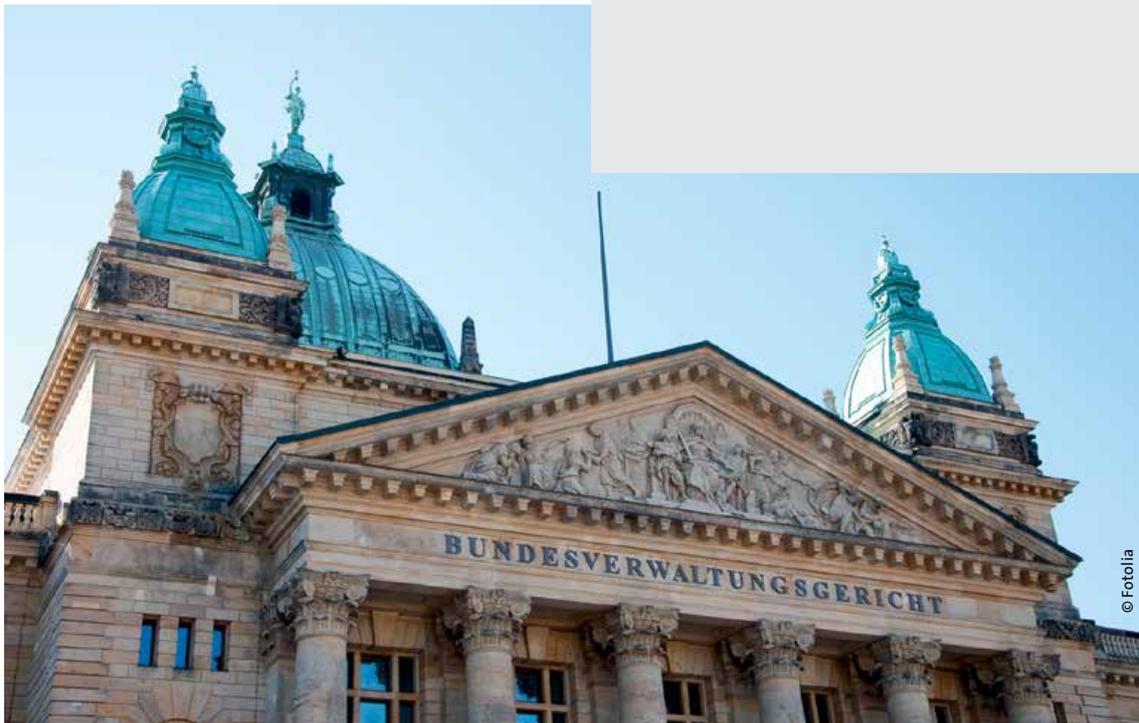


© dbb verlag

PREISRÄTSEL

**Letzte Meldung:
Schlappe für Landesgesetzgeber**

BVerwG: Berliner Besoldung nicht amtsangemessen!



© Fotolia

Jetzt hat das Land Berlin es schriftlich in einem höchstrichterlichen Urteil: Seine Beamtenbesoldung ist in verfassungswidriger Weise zu niedrig bemessen – zumindest gilt das für die Besoldungsgruppen A 9 bis A 12 in den Jahren 2008 bis 2015 und für die Richterbesoldung nach R 1 bis R 3 in den Jahre 2009 bis 2015. Das hat das Bundesverwaltungsgericht in einem Beschluss – 2 C 56.16 – vom 22. September entschieden. In einer ersten Stellungnahme hat dbb Landeschef Frank Becker bereits haushaltspolitische Konsequenzen gefordert.

Nach Feststellung der Richter gibt es in der Gesamtbetrachtung keinerlei vernünftige Zweifel am Vorliegen einer verfassungswidrigen Alimentation in den genannten Fällen. So haben die Beamten und Richter des Landes Berlin im Vergleich mit den durchschnittlichen Einkommen sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit entsprechender Qualifikation und Verantwortung deutlich das Nachsehen.

Aber schlimmer noch: Der Berliner Gesetzgeber musste sich von den Bundesrichtern zusätzlich ins Stammbuch schreiben lassen, bei der Besoldung der Beamten auch die absolute Untergrenze einer verfassungsgemäßen Alimentation unterschritten zu haben, nämlich den vom Bundesverfassungsgericht geforderten Mindestabstand von 15 Prozent

zur sozialrechtlichen Grundsicherung. Diese Unterbezahlung wirke auch in die höheren Besoldungsgruppen fort.

Anders als das Verwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, das die der Entscheidung zugrunde liegende Klage von Berliner Polizei- und Feuerwehrbeamten abgewiesen hatte, sahen sich die Bundesrichter aufgrund des für die Beamten auffallend nachteiligen Vergleichs der Besoldungsentwicklung sowohl zu den Tarifergebnissen der Angestellten im öffentlichen Dienst als auch zum Verbraucherpreisindex zu ihrer Gesamtbetrachtung der Berliner Besoldung veranlasst.

Wir berichten weiter in unserer nächsten Ausgabe. ■